

---

**Vorsitz: Österreich****993. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 17. November 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr  
Unterbrechung: 10.10 Uhr  
Wiederaufnahme: 10.20 Uhr  
Schluss: 11.50 Uhr

2. Vorsitz: R. Lassmann

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/418/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/419/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/415/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/417/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 1)
- (b) *Die Lage im Südkaukasus:* Armenien (Anhang 2), Aserbaidschan (Anhang 3), Slowenien – Europäische Union, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Kanada, Türkei

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Militärübung „Cerces 2021“ vom 15. bis 26. November 2021:* Frankreich
- (b) *Wiederaufnahme der Verifikationsaktivitäten im November 2021:* Portugal

- (c) *Informelles Treffen zur Durchführung von Hilfsprojekten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) im OSZE-Raum am 9. Dezember 2021 in Montenegro und über Videokonferenz: Montenegro*
- (d) *Zwanzigste Plenartagung der Kommission des Abschließenden Dokuments der Verhandlungen nach Anhang 1-B Artikel V des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina am 2. November 2021: Slowenien (Anhang 4), Türkei*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 24. November 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

**993. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 999, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER  
DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wann immer die Rede auf den bewaffneten Konflikt zwischen dem Regime in Kiew und den Menschen im Donbass kommt, müssen wir leider feststellen, dass sich die Lage kontinuierlich verschlechtert. Darüber hinaus wird die Lage, an der ausschließlich die ukrainische Regierung die Schuld trägt, von den westlichen „Regenten“ der ukrainischen Regierung ausgenutzt, um Druck auf die Russische Föderation auszuüben. Es werden absurde Argumente für den Mythos einer „russischen Bedrohung“ für die Souveränität der Ukraine angeführt.

Die außerplanmäßige Übung, die vor einigen Tagen von den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren NATO-Verbündeten eingeleitet wurde, ist eine weitere Bestätigung dafür. Bei diesen Manövern kamen sowohl Seestreitkräfte als auch strategische Flugzeuge zum Einsatz. Auf der letzten Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) haben wir bereits darauf hingewiesen, dass ein solches Vorgehen nichts anderes ist, als „Aufklärung durch Feuer“. Dass die westlichen Länder diese Machtdemonstration propagandistisch damit erklären, dass Russland angeblich eine Invasion der Ukraine vorbereite, überrascht uns nicht mehr. Jedweder Kommentar dazu erübrigt sich.

Vertreterinnen und Vertreter Russlands haben mehrfach und auf verschiedenen Ebenen betont, dass die Politik der „Einhegung“ unseres Landes fehlgeleitet ist: sie entbehrt jeglicher logischen Grundlage und führt nur zu einer weiteren Verschlechterung der Lage. Aus diesem Grund schlagen wir vor, uns auf die Abhaltung regelmäßiger Treffen von Militärexpertinnen und -experten zu konzentrieren, um Wege zur Deeskalation der Spannungen zu erörtern.

Herr Vorsitzender,

die Lage im Donbass gibt nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis. Nicht ohne Grund haben wir die Militärübung im Schwarzen Meer erwähnt. Unserer Ansicht nach steht die Übung in direktem Zusammenhang mit dem Anstieg der Spannungen, der in der Zone des innerukrainischen bewaffneten Konflikts zu beobachten ist. Es hat den Anschein, dass die ukrainische Regierung tatsächlich ernsthaft die Möglichkeit in Betracht, den Konflikt im

Donbass gewaltsam zu lösen. Wir warnen unsere westlichen Partner und die Regierung in Kiew einmal mehr vor solchen unbedachten Schritten, die zum Zusammenbruch der ukrainischen Staatlichkeit, die sich ohnehin nicht durch Stabilität auszeichnet, führen könnten. Ich bin sicher, dass sich niemand eine solche Entwicklung wünscht.

Bis jetzt schreckt das Regime in Kiew, das die bedingungslose Unterstützung seiner transatlantischen Strippenzieher genießt, nicht davor zurück, die Lage zu verschärfen, insbesondere durch den Einsatz neuester Waffen (darunter eine Bayraktar-Kampfdrohne), deren Einsatz nach den Minsker Vereinbarungen verboten ist.

Nach dem Bericht der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) vom 14. November zu urteilen, geriet das Missionspersonal auf einem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebiet (im Dorf Nowoswaniwka) erneut unter Beschuss, wobei ein unbemanntes Luftfahrzeug im Einsatz war. Dabei halten unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen im FSK bewusst ausschließlich Hindernisse für die Bewegung der Patrouillen der SMM auf Seite der Milizen fest. Wir betonen erneut, dass die Bedrohung für Leib und Leben der Beobachterinnen und Beobachter absolut nicht hinnehmbar ist.

Die Russische Föderation vertritt weiterhin die Ansicht, dass die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 der einzige Ausweg aus der Situation ist. Alle Versuche, von Russland zu verlangen, dass es die Minsker Vereinbarungen irgendwie selbst „umsetzt“, dienen nur dazu, die Aufmerksamkeit vom Hauptproblem – der Nichteinhaltung der Bestimmungen des Minsker Maßnahmenpakets durch die Ukraine – abzulenken. Die Russische Föderation war niemals Konfliktpartei, wie dies in den erwähnten Vereinbarungen eindeutig festgehalten ist, und vom Präsidenten Russlands Wladimir Putin am 13. November bekräftigt wurde. In unserer Eigenschaft als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich ist es unsere Verpflichtung, eine friedliche Beilegung auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern, und ich versichere Ihnen, dass wir große Anstrengungen dazu unternehmen. Wir fordern unsere westlichen Partner erneut auf, ihren Einfluss auf die ukrainischen Machthaber geltend zu machen, um günstige Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu schaffen.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir kurz auf zwei recht bedeutsame Ereignisse im Zusammenhang mit der innerukrainischen Krise einzugehen.

Erstens fand, wie uns allen bekannt ist, am 10. November in Washington D. C. ein Treffen der Kommission im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen der USA und der Ukraine statt. Wir haben zur Kenntnis genommen, was US-Außenminister Antony Blinken im Anschluss an die Gespräche sagte, dass es nur eine diplomatische Lösung des innerukrainischen Konflikts gebe. Bezeichnenderweise gab A. Blinken gleichzeitig bekannt, dass der ukrainischen Regierung 400 Millionen US-Dollar für Militärausgaben zur Verfügung gestellt wurden. Auch die praktische Hilfe in Form von Lieferungen militärischer Ausrüstung ließ nicht lange auf sich warten: Wie die US-Botschaft in Kiew mitteilte, wurden der Ukraine am 14. November rund 80 Tonnen Munition übergeben.

Zweitens legte die ukrainische Regierung der Werchowna Rada (dem ukrainischen Parlament) einen Gesetzentwurf „über die Grundsätze der Staatspolitik im Übergangszeitraum“ zur Behandlung vor. Diesbezüglich möchte ich den Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow zitieren, der feststellte, dass der Gesetzentwurf nichts mit einer friedlichen Beilegung der Lage zu tun habe, sondern diese nur verschärfen und praktisch den Rückzug der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen bedeuten würde, zu denen das erwähnte Dokument völlig im Widerspruch stehe. Ich hoffe, dass die Vernunft in Kiew doch noch die Oberhand gewinnen wird.

Herr Vorsitzender,

ich möchte mich auch zu den „Besorgnissen“ unserer westlichen Partner äußern, die uns im Zusammenhang mit der Übung von strategischen Luftfahrzeugen der „hybriden Kriegsführung“ bezichtigen, die Russland gemeinsam mit seinen belarussischen Kollegen betrieben hat. Hysterische Rufe werden laut, diese Aktivität stehe im Zusammenhang mit der jüngst ausgebrochenen Krise an der belarussisch-polnischen Grenze.

Es handelt sich um eine planmäßige – ich betone: planmäßige – Übung, die gemäß bilateralen Vereinbarungen und im Einklang mit allen internationalen rechtlichen Erfordernissen durchgeführt wurde. Sie richtet sich nicht gegen irgendein drittes Land. Präsident Putin hat bereits erklärt, dass diese Übungen in den 1990er und in den frühen 2000er Jahren von uns einseitig ausgesetzt wurden. Durch die provozierenden militärischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten und der NATO an der „Ostflanke“, die beide gar nicht erst in Erwägung zogen, diesen Schritt zu erwidern, war Russland gezwungen, zu dieser Praxis zurückzukehren.

Um seine nationalen Interessen und Sicherheitsinteressen zu wahren, wird Russland weiterhin diese Übungen durchführen, sowohl auf seinem Hoheitsgebiet als auch gemeinsam mit seinen belarussischen Freunden, ob dies unseren westlichen Kolleginnen und Kollegen gefällt, oder nicht.

Was die Krise an der belarussisch-polnischen Grenze selbst angeht, so werde ich mich kurz halten. Russland hat mit ihr nichts zu tun. Unser Land ist jedoch bereit, bei ihrer schnellstmöglichen Beilegung zu helfen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich erneut betonen, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für weitere Zerstörung im Donbass tragen. Es ist an der Zeit, dass die westlichen Strippenzieher der ukrainischen Regierung endlich aufhören, deren Versuche zu unterstützen, den Konflikt nicht als innerukrainischen, sondern als externen darzustellen, die sie unternimmt, um ihre eigene Beteiligung an der Untergrabung der Friedensbemühungen im Donbass zu verschleiern. Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass jede weitere Verlängerung der Waffengewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen FSK-Sitzung.

**993. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 999, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte das Forum über die jüngste Aggression und den bewaffneten Angriff Aserbaidshans auf Armenien informieren.

Gestern, am 16. November, haben die Streitkräfte Aserbaidshans unter Einsatz von Artillerie und gepanzerten Fahrzeugen einen Großangriff gegen die armenische Grenze in östlicher Richtung aufgenommen und sind in das Hoheitsgebiet der Republik Armenien eingedrungen, wobei Menschenleben zu beklagen waren. Berichten zufolge forderte der Angriff Opfer auf armenischer Seite, und eine Reihe armenischer Soldatinnen und Soldaten wurde von den aserbaidshanischen Truppen als Geiseln genommen.

Dieser Angriff ist die logische Fortsetzung der aserbaidshanischen Politik der schleichenden Besetzung armenischer Gebiete, die am 12. Mai 2021 mit dem Einsickern aserbaidshanischer Streitkräfte in die armenischen Regionen Sjunik und Gegharkunik begann. Erwähnenswert ist, dass die aserbaidshanischen Streitkräfte ihren Angriff von den Gebieten aus aufnahmen, die infolge der Umsetzung der trilateralen Waffenruheerklärung durch Armenien unter aserbaidshanische Kontrolle geraten sind. In der Zwischenzeit versucht Aserbaidshans, seine Aggression gegen Armenien und sein Eindringen in armenisches Hoheitsgebiet zu vertuschen und die internationale Gemeinschaft in die Irre zu führen, indem es sich immer wieder der Taktik bedient, auf alte, gegen Armenien gerichtete Schuldzuweisungen zurückzugreifen und diese zu wiederholen. Dass Aserbaidshans für den gestrigen Angriff auf das souveräne Hoheitsgebiet Armeniens verantwortlich ist, wird auch durch seine ständigen Provokationen während der gesamten Nachkriegszeit und die Rhetorik seiner militärisch-politischen Führung erhärtet, die von Hass gegen Armenien, territorialen Ansprüchen und Gewaltandrohungen nur so strotzt.

Herr Vorsitzender,

Aserbaidshans hat im vergangenen Jahr vorsätzlich und systematisch gegen die Waffenruhe und die Bestimmungen der trilateralen Erklärung vom 9. November verstoßen und unter anderem Provokationen entlang der Kontaktlinie zu Arzach und der armenisch-aserbaidshanischen Staatsgrenze gesetzt, die sowohl zivile als auch militärische Opfer

forderten und zu einer Eskalation der Spannungen führten. Am 15. Oktober wurde ein Bauer in Anwesenheit russischer Friedenstruppen durch Scharfschützenfeuer getötet, was nicht geahndet wurde. Am 8. November kam es zu einer weiteren Provokation von aserbaidshanischer Seite gegen Zivilpersonen, die in der Nähe der Straße Stepanakert-Schuschi, unweit eines Kontrollpostens der russischen Friedenstruppen, Reparaturarbeiten an einer Wasserleitung durchführten. Es muss betont werden, dass die aserbaidshanische Seite im Voraus ordnungsgemäß über die geplanten Reparaturarbeiten informiert worden war, was einen aserbaidshanischen Offizier jedoch nicht davon abhielt, praktisch aus nächster Nähe auf zivile Arbeitskräfte zu schießen. Bei diesem eindeutigen Verbrechen wurde ein Zivilist, der 22-jährige Martik Yeremyan, getötet und drei weitere Personen wurden schwer verwundet.

Herr Vorsitzender,

der gestrige Angriff und die anhaltende eklatante Verletzung der territorialen Integrität Armeniens durch Aserbaidshan sind unmittelbare Folgen des Angriffskrieges, den Aserbaidshan und seine Verbündeten gegen das Volk von Arzach geführt haben. Das Ausbleiben einer harten und entschlossenen Reaktion auf die Anwendung von Gewalt durch Aserbaidshan als Mittel zur „Lösung“ des Konflikts – und auf die massiven und schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte durch Aserbaidshan – hat die autoritäre Führung dieses Landes noch weiter ermutigt und darin bestärkt, ihre feindselige Politik und ihr aggressives Auftreten gegenüber der Republik Armenien zu intensivieren – unter anderem durch Versuche, armenisches Hoheitsgebiet zu besetzen, die örtliche Bevölkerung zu bedrohen und sie ihrer Lebensgrundlage zu berauben, um sie zur Flucht aus ihrer Heimat zu zwingen.

Aserbaidshan muss sein aggressives und eindeutig provozierendes Verhalten einstellen und seine Truppen sofort aus dem Hoheitsgebiet Armeniens abziehen. Wir fordern die Amtierende Vorsitzende, die Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE und die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, diese Aktionen der aserbaidshanischen Seite, die den Frieden und die Sicherheit in der Region untergraben, klar und deutlich zu benennen und wirksame Schritte zu ihrer Verhinderung und zum bedingungslosen und vollständigen Rückzug der aserbaidshanischen Truppen aus armenischem Hoheitsgebiet zu unternehmen

Danke. Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**993. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 999, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

wir möchten gegenüber der Delegation Armeniens von unserem Recht auf Erwiderung gebraucht machen.

Bevor wir im Einzelnen auf die jüngsten Spannungen eingehen, die durch die massiven Provokationen Armeniens an der Staatsgrenze zwischen Aserbaidschan und Armenien verursacht wurden, möchten wir daran erinnern, dass die Haltung Aserbaidschans seit Ende des Konflikts konsequent von der Vision einer Konsolidierung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region bestimmt ist.

Die von Armenien, Aserbaidschan und der Russischen Föderation unterzeichnete trilaterale Erklärung vom 10. November 2020 hat dem Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ein Ende gesetzt und die vereinbarten Parameter zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region festgelegt. Trotz des belegten langjährigen völkerrechtlichen Fehlverhaltens Armeniens und trotz der verheerenden Folgen der fast drei Jahrzehnte währenden kriegerischen Auseinandersetzung und Besetzung aserbaidschanischer Gebiete bieten die neuen Gegebenheiten nach Beendigung des Konflikts eine einzigartige Chance und echte Aussichten auf die Schaffung von Frieden, die Konsolidierung der Stabilität, die Wiederherstellung einer friedlichen Koexistenz, Fortschritte bei der Versöhnungsagenda und Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit. Aserbaidschan hat wiederholt seine Bereitschaft zur Versöhnung und zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Armenien auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des jeweils anderen Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zum Ausdruck gebracht, unter anderem durch die Unterzeichnung eines auf diesen Grundsätzen beruhenden Friedensvertrags.

Wir haben leider bisher noch keine positive Reaktion Armeniens auf unseren konstruktiven Vorschlag erhalten. Im Gegenteil: Armenien versucht, überholte Konflikt-narrative und Konzepte wiederzubeleben, die keinerlei Relevanz mehr haben und mit den neuen Gegebenheiten vor Ort nichts zu tun haben. Armenien zeigt seit Ende des Konflikts eine äußerst revanchistische Haltung, die sich in allen Arten von Provokationen äußert, die

darauf abzielen, die Aussichten auf dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region zu gefährden.

In den letzten Wochen wurden wir Zeugen einer Reihe von Provokationen durch Armenien. So besuchte der ehemalige armenische Verteidigungsminister Arschak Karapetjan letzte Woche rechtswidrig den Teil des Hoheitsgebiets Aserbaidschans, in dem vorübergehend das russische Friedenskontingent stationiert ist, traf mit illegalen armenischen Verbänden zusammen und inspizierte deren, wie er es nannte, „Einsatzbereitschaft“. Der rechtswidrige Besuch eines armenischen Amtsträgers auf dem souveränen Hoheitsgebiet Aserbaidschans unmittelbar vor dem Jahrestag der trilateralen Erklärung ist eine völlig unverblühte Provokation und ein schwerer Rückschlag für die Friedensbemühungen. Das aserbaidschanische Verteidigungsministerium hat die militärisch-politische Führung Armeniens vor solchen rechtswidrigen Besuchen gewarnt.

Außerdem versuchten letzte Woche etwa 60 Angehörige der armenischen Streitkräfte, zu den Stellungen der aserbaidschanischen Streitkräfte im aserbaidschanischen Bezirk Latschin vorzudringen. Auf Vermittlung der russischen Seite zeigte Aserbaidschan guten Willen und erlaubte den umzingelten armenischen Militärangehörigen, zu ihren früheren Stellungen zurückzukehren.

Am 13. November warf ein armenischer Staatsbürger auf der Landstraße Chankendi – Latschin in der Nähe der aserbaidschanischen Stadt Schuscha eine Granate in Richtung der dort stationierten aserbaidschanischen Militärangehörigen und russischen Friedenstruppen. Bei dem Angriff wurden drei aserbaidschanische Militärangehörige unterschiedlich schwer verletzt. Der Täter wurde von den russischen Friedenstruppen festgenommen.

Am 16. November begannen die armenischen Streitkräfte, die zusätzliche Kräfte in den Regionen Basarketschar und Qarakilse zusammengezogen hatten, unter Einsatz von Granatwerfern verschiedener Kaliber und Artilleriegeschützen eine plötzliche Militäroperation und griffen die Stellungen der aserbaidschanischen Streitkräfte in Richtung der Staatsgrenze in den Bezirken Latschin und Kelbadschar in Aserbaidschan an. Bei diesem Angriff wurden sieben aserbaidschanische Militärangehörige getötet und zehn verwundet. Als Reaktion auf diese Provokation ergriffen aserbaidschanische Truppenteile Gegenmaßnahmen, um die Kampfhandlungen der armenischen Streitkräfte zu unterbinden. Infolge der entschlossenen Maßnahmen wurden die angreifenden armenischen Soldaten entwaffnet und festgenommen, Waffen verschiedenen Kalibers und Munition wurden beschlagnahmt. So wurde dieses militärische Abenteuer Armeniens zu einem weiteren Misserfolg.

Wir unterstreichen, dass die aserbaidschanischen Soldaten durch ihre Reaktion auf die großangelegten Provokationen Armeniens an der Staatsgrenze ihre Pflichten auf dem souveränen Hoheitsgebiet Aserbaidschans erfüllt haben. Wie wir bei mehreren Gelegenheiten betont haben, werden die Streitkräfte Aserbaidschans angemessene und entschlossene Maßnahmen ergreifen, um solche Provokationen Armeniens abzuwehren und die Souveränität und territoriale Integrität Aserbaidschans zu schützen.

Wir erinnern daran, dass Aserbaidschan Armenien bereits angeboten hat, den Prozess der Festlegung und Demarkation der Staatsgrenze einzuleiten, und den Vorschlag unterstützt hat, zu diesem Zweck eine zwischenstaatliche Kommission einzusetzen. Die jüngsten

Spannungen an der Staatsgrenze, die durch Armeniens unverantwortliches militärisches Abenteuerertum ausgelöst wurden, zeigen erneut, dass Armenien weder an Konsolidierung von Frieden und Stabilität in der Region noch an der Festlegung und Demarkation der Staatsgrenze interessiert ist und stattdessen versucht, die Frage mit Gewalt zu lösen.

Die jüngsten Provokationen und öffentlichen Erklärungen aus Armenien deuten darauf hin, dass Armenien es offenbar vorzieht, das Thema für seine engstirnigen politischen Zwecke zu missbrauchen und revanchistische Einstellungen im eigenen Land zu schüren, wie die jüngsten Ereignisse anschaulich gezeigt haben. Es handelt sich dabei um eine gefährliche Übung mit nicht absehbaren Folgen, die keineswegs zur Festigung des Friedens beiträgt, und die Hauptverantwortung dafür liegt unmittelbar bei der militärisch-politischen Führung Armeniens.

Die jüngsten Provokationen Armeniens machen deutlich, dass es dringend notwendig ist, die vollständige Umsetzung der trilateralen Erklärungen durch dieses Land sicherzustellen. Insbesondere muss Armenien Artikel 4 der Erklärung vollständig umsetzen, der von ihm verlangt, zeitgleich mit der vorübergehenden Stationierung des Friedenskонтингents der Russischen Föderation seine Streitkräfte aus den Gebieten Aserbaidschans abzuziehen.

Es ist höchst beunruhigend, dass Armenien keine Lehren aus der jüngeren Vergangenheit und seiner Niederlage auf dem Schlachtfeld im letzten Jahr gezogen hat, erneut den Weg der Konfrontation mit der aserbaidshanischen Seite gewählt hat und sich damit weigert, die neuen Gegebenheiten vor Ort zu akzeptieren. Wir möchten bekräftigen, dass es für Armenien wesentlich ist, die neuen Gegebenheiten einer nüchternen Bewertung zu unterziehen, anstatt auf Fehleinschätzungen oder falsche Erwartungen zu setzen, die den brüchigen Frieden gefährden könnten, der mit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen in der Region geschaffen wurde. Stattdessen sollte Armenien auf das konstruktive Angebot Aserbaidschans eingehen und die historische Chance ergreifen, seine Beziehungen zu den Nachbarländern zu normalisieren, was dem Land und der gesamten Region immense Möglichkeiten eröffnen wird. Diesbezüglich möchten wir unterstreichen, welche wichtige Rolle die internationale Gemeinschaft einschließlich der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten hier spielen könnte, indem sie Armenien die richtigen Botschaften vermittelt, nämlich dass es keine Alternative zum Frieden mit seinen Nachbarn gibt und dass es seine Ressourcen auf die Umsetzung der trilateralen Erklärungen nach Treu und Glauben ausrichten sollte, um Frieden und Stabilität in der Region zu festigen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.